Freie Wohlfahrtspflege NRW

Forderungen der Freien Wohlfahrtspflege NRW zur Landtagswahl 2027

*Am 25. April 2027 stimmen die Bürger*innen von Nordrhein-Westfalen über die politische Richtung in unserem Land ab. Bei der Landtagswahl wird darüber entschieden, wie sozial, gerecht und nachhaltig Nordrhein-Westfalen in den kommenden Jahren gestaltet wird. Als Freie Wohlfahrtspflege NRW bringen wir unsere fachliche Erfahrung, unsere Nähe zu den Menschen und unsere Verantwortung für den sozialen Zusammenhalt in diese Debatte ein. Unsere Verbände, Einrichtungen und Dienste sind täglich dort präsent, wo gesellschaftliche Herausforderungen konkret werden: in Kitas, Schulen, Beratungsstellen, Pflegeeinrichtungen, Angeboten der Eingliederungshilfe, der Jugend- und Familienhilfe, der Wohnungslosenhilfe, der Suchthilfe, der Integrationsarbeit und an vielen weiteren Orten.*

Nordrhein-Westfalen steht vor großen Aufgaben: Armut und soziale Ausgrenzung müssen wirksam bekämpft, Teilhabemöglichkeiten gesichert, Bildungschancen verbessert und soziale Infrastrukturen verlässlich finanziert werden. Zugleich verschärfen Fachkräftemangel, demografischer Wandel, steigende Kosten, Wohnraummangel, Digitalisierung, Klimakrise und gesellschaftliche Polarisierung den Druck auf Menschen, Kommunen und Träger. Diese Entwicklungen betreffen nicht einzelne Politikfelder isoliert. Sie greifen ineinander und machen deutlich: Sozialpolitik ist eine zentrale Zukunftsfrage für Nordrhein-Westfalen.

Mit dieser Positionierung benennt die Freie Wohlfahrtspflege NRW zentrale Handlungsbedarfe sowohl aus Sicht der Menschen, die Unterstützung brauchen, als auch aus Sicht der Träger, die diese Unterstützung organisieren und leisten. Unser Ziel ist ein Nordrhein-Westfalen, in dem soziale Rechte verlässlich eingelöst werden, Angebote erreichbar bleiben und niemand aufgrund von Armut, Behinderung, Herkunft, Alter, Geschlecht, Krankheit, Pflegebedarf oder Wohnungsnot von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen wird.

Die folgenden Kapitel zeigen in ihrer Vielfalt eine gemeinsame Linie: Nordrhein-Westfalen braucht eine starke, präventive und verlässliche soziale Infrastruktur. Sie ist keine freiwillige Zusatzleistung, sondern Grundlage für Demokratie, Zusammenhalt und wirtschaftliche Stabilität. Wer in Arbeit, Bildung, Pflege, Wohnen, Gesundheit, Integration, Kinderschutz, Inklusion, Engagement, Klimaschutz und Armutsbekämpfung investiert, stärkt nicht nur einzelne Zielgruppen, sondern das Gemeinwesen insgesamt. Gute Sozialpolitik verhindert Folgekosten, eröffnet Chancen und schafft Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates.

*Das Subsidiaritätsprinzip ist dabei eine wesentliche Grundlage für eine leistungsfähige und vielfältige soziale Infrastruktur. Es verbindet die öffentliche Verantwortung für soziale Daseinsvorsorge mit der Erfahrung, Kompetenz und Gestaltungskraft der Freien Wohlfahrtspflege und anderer zivilgesellschaftlicher Akteur*innen. Für Nordrhein-Westfalen gilt es, dieses bewährte Zusammenspiel zu sichern und weiterzuentwickeln: durch verlässliche Rahmenbedingungen, die die Eigenständigkeit freier Träger stärken und ein partnerschaftliches Wahrnehmen sozialer Verantwortung ermöglichen.*

Für die kommende Legislaturperiode erwarten wir daher politische Entscheidungen, die unsere soziale Infrastruktur dauerhaft absichern, Bürokratie abbauen, Fachkräfte gewinnen, Kommunen handlungsfähig machen und die Expertise freier Träger wirksam einbeziehen. Die Freie Wohlfahrtspflege NRW steht bereit, diesen Weg konstruktiv mitzugestalten.

Kirsten Schwenke
Vorsitzende der
Freien Wohlfahrtspflege NRW

Kapitel VIII: Drogen- und Suchthilfe

8.1 Suchthilfe nachhaltig sichern und zukunftsfähig weiterentwickeln

Die Suchthilfe steht vor der Herausforderung, ihre bewährten Versorgungsstrukturen dauerhaft zu sichern. Suchthilfe stabilisiert besonders vulnerable Menschen gesundheitlich und sozial und ist damit ein systemrelevanter Teil der sozialen Daseinsvorsorge.

Suchtberatung ist vielerorts eine freiwillige kommunale Leistung und deshalb strukturell anfällig. Zugleich steigt der Beratungs- und Unterstützungsbedarf durch **veränderte Konsummuster,** Mehrfachbelastungen und komplexere Problemlagen. Vor diesem Hintergrund geraten bestehende Angebote zunehmend unter Druck. Die Finanzierung folgt den realen Kostenentwicklungen nicht, sodass bereits der Erhalt der Strukturen zur Kernaufgabe wird.

Ein Hauptgrund ist die **fehlende Dynamisierung der Finanzierung.**

Die Landesmittel für Suchtberatung wurden seit 2009 nicht substanziell erhöht, während Personal-, Sach- und Betriebskosten deutlich gestiegen sind.

Erschwerend kommt hinzu, dass Suchthilfe als freiwillige kommunale Leistung mit anderen Pflichtaufgaben konkurriert. Das gefährdet eine verlässliche, gleichwertige Versorgung und verstärkt regionale Unterschiede.

Unsere Forderungen:

Ziel ist es, die Suchthilfe verlässlich zu sichern und zukunftsfähig weiterzuentwickeln. Dazu gehören insbesondere:

- eine verlässliche, **auskömmliche Finanzierung** der Suchtberatung, die Kostenentwicklungen berücksichtigt,
- eine stärkere **strukturelle Absicherung** der Suchthilfe als Teil der sozialen Infrastruktur und
- die Förderung vernetzter, **niedrigschwelliger Hilfen,** die komplexen Bedarfen gerecht werden.

Im Mittelpunkt steht nicht allein der Ausbau einzelner Angebote, sondern vor allem die Stabilisierung der bestehenden Versorgung als Voraussetzung wirksamer Hilfe.

Versorgungsqualität braucht stabile Rahmenbedingungen. Die Angebote der Suchthilfe müssen dauerhaft verfügbar, erreichbar und fachlich gesichert sein. Das gilt besonders für niedrigschwellige Zugänge, die für viele Betroffene und Angehörige die einzige Brücke ins Hilfesystem sind.

Erforderlich sind daher eine verlässliche, dynamisierte Finanzierung, landesweit vergleichbare Standards und Rahmenbedingungen, die Fachkräfte langfristig binden. Die Sicherung der Suchthilfe stärkt damit die soziale Infrastruktur insgesamt.

8.2 Suchthilfe niedrigschwellig ermöglichen und Zugang zum Hilfesystem verbessern

Der Drogenkonsum im öffentlichen Raum nimmt in vielen Kommunen sichtbar zu. Zugleich verändern sich Konsummuster: Neben opioidhaltigen Substanzen gewinnt vor allem Crack-Kokain an Bedeutung, mit häufigeren Konsumepisoden, höheren Gesundheitsrisiken und stärkerer sozialer Destabilisierung.

Aktuelle Erkenntnisse zu offenen Drogenszenen in Nordrhein-Westfalen zeigen, dass ein erheblicher Teil der betroffenen Menschen von **Wohnungslosigkeit und multiplen Problemlagen** betroffen ist und nur eingeschränkt durch reguläre Hilfesysteme erreicht wird. Niedrigschwellige Unterstützungsangebote stoßen vor diesem Hintergrund zunehmend an ihre Kapazitätsgrenzen. Parallel zeigen sich gesundheitliche Risiken, etwa durch Infektionsgeschehen, die auf Versorgungslücken hinweisen.

Viele Strukturen der Suchthilfe sind historisch gewachsen und auf frühere Konsummuster ausgerichtet. Aktuelle Entwicklungen erfordern jedoch flexiblere, engmaschigere und stärker integrierte Unterstützungsformen.

Hinzu kommen regulatorische und planerische Hürden, etwa bei Drogenkonsumräumen und ergänzenden Angeboten. Standortfragen führen häufig zu lokalen Konflikten.

Unsere Forderungen:

Die nächste Landesregierung sollte niedrigschwellige Suchthilfe systematisch stärken und bedarfsgerecht weiterentwickeln. Dazu gehören:

- der **Ausbau integrierter Suchthilfeangebote** beziehungsweise Suchthilfezentren nach bewährten Modellen (beispielsweise dem Zürcher Ansatz).
- die **Weiterentwicklung der rechtlichen Rahmenbedingungen,** insbesondere der Drogenkonsumraumverordnung für flexiblere Lösungen (etwa Außenkonsumflächen).
- die **Stärkung ergänzender niedrigschwelliger Angebote** wie Tagesaufenthalte, aufsuchender Hilfen und quartiersbezogener Ansätze („Kümmerer-Projekte").
- eine **aktive Begleitung von Standortentscheidungen** durch transparente Verfahren sowie strukturierte Informations- und Aufklärungskampagnen zur Förderung der Akzeptanz vor Ort.

Im Fokus steht die Fähigkeit der Suchthilfe, auf veränderte Bedarfe schnell und passend zu reagieren. Niedrigschwellige Angebote sichern Erreichbarkeit, Kontinuität und Passgenauigkeit und erfüllen eine zentrale Brückenfunktion für Menschen, die von regulären Versorgungsstrukturen nicht erreicht werden.

Für Menschen in besonders vulnerablen Lebenslagen sind sie oft der einzige Zugang zum Hilfesystem. Eine gestärkte Suchthilfe kann Gesundheitsrisiken reduzieren, Stabilisierung fördern und Wege in weiterführende Hilfen eröffnen.

Zugleich wirken sich diese Entwicklungen auf den öffentlichen Raum aus. Eine verlässliche, gut ausgestattete niedrigschwellige Infrastruktur kann Nutzungskonflikte mindern, öffentliche Räume entlasten und Gesundheits- und Sicherheitsinteressen besser verbinden.

Vor diesem Hintergrund brauchen die Träger tragfähige Rahmenbedingungen, um diese komplexen Angebote verlässlich und im Sinne aller Beteiligten ausgestalten zu können. Alle drei Perspektiven – Betroffene, Stadtgesellschaft und Träger – sind eng miteinander verbunden.

8.3 Suchtprävention vor Ort ausbauen und besser verzahnen

Die Suchtprävention muss mit sich wandelnden Konsumrealitäten Schritt halten und wirksam dort ansetzen, wo Konsum entsteht. Gerade bei jungen Menschen verbreiten sich neue Nikotinprodukte wie Vapes, E-Zigaretten und Nikotinpouches, die gezielt beworben werden und früh Konsumverhalten prägen.

Zugleich haben sich die Zugänge zu Präventions- und Frühinterventionsangeboten verändert. Programme zur frühen Erkennung riskanter oder polyvalenter Konsummuster erreichen die Zielgruppen zunehmend schwerer. Deshalb muss Prävention stärker an Lebensorten ansetzen und enger mit **lokalen Suchthilfestrukturen verzahnt** werden.

Ein Grund liegt in der derzeitigen Steuerung präventiver Maßnahmen. Im Zuge neuer gesetzlicher Regelungen, etwa zum Konsumcannabisgesetz, werden flankierende Maßnahmen zunehmend auf Bundesebene konzipiert und gesteuert. Wirksam wird Prävention jedoch vor allem im sozialen Nahraum, in Schulen, Jugendeinrichtungen, Quartieren und anderen kommunalen Kontexten. Eine überwiegend zentrale Steuerung wird diesen lokalen Bedarfen nur begrenzt gerecht. Zudem verlieren frühere Zugangswege, etwa über Frühinterventionsprogramme, an Bedeutung. Damit schwinden wichtige Möglichkeiten, risikohaften und polyvalenten Konsum früh zu erkennen und passende Hilfen einzuleiten.

Unsere Forderungen:

Die nächste Landesregierung sollte Suchtprävention auf kommunaler Ebene stärken und bedarfsgerecht weiterentwickeln. Dazu gehören:

- eine **stärkere strukturelle Verankerung** von Prävention in der kommunalen Suchthilfeplanung,
- die **gezielte Förderung lokaler Präventionsstrukturen** und -netzwerke,
- die **Stärkung früher Zugänge** zu jungen Konsument*innen durch niedrigschwellige, lebensweltorientierte Angebote und
- eine **enge Verzahnung** von Prävention, Beratung und Frühintervention vor Ort.

Prävention muss im unmittelbaren Lebensumfeld ansetzen und darf nicht überwiegend zentral gesteuert werden.

Freie Wohlfahrtspflege NRW

Versorgungsqualität in der Prävention zeigt sich in Reichweite, Passgenauigkeit und früher Wirksamkeit. Das gelingt nur mit einer nachhaltigen Verankerung in lokalen Strukturen.

Eine bedarfsgerechte Präventionslandschaft trägt dazu bei, problematische Konsummuster frühzeitig zu verhindern und langfristig auch die Hilfesysteme zu entlasten.